



# Berlin Brief Nr. 325

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche  
von Josip Juratovic MdB

11. November 2022

---



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

wir tun alles dafür, dass Energie bezahlbar bleibt und alle gut durch den Winter kommen. Dafür haben wir einen starken Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro gespannt – zusätzlich zu den Entlastungspaketen mit einem Umfang von fast 100

Milliarden Euro. Auf dieser Grundlage bereiten wir jetzt wirksame Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme vor. Diese Woche haben wir im Parlament beschlossen, dass der Bund im ersten Schritt die für Dezember fälligen Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme übernimmt. Wir unterstützen damit private Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen sowie soziale Einrichtungen. Die eigentliche Preisbremse soll dann spätestens zum 1. März 2023 eingeführt werden, möglichst rückwirkend schon zum 1. Februar 2023. Geplant ist, den Gaspreis für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent pro Kilowattstunde zu begrenzen (Fernwärme 9,5 Cent pro Kilowattstunde). Wir werden eine Strompreisbremse einführen, die ab Januar 2023 greift: Bei Privathaushalten sowie kleinen und mittleren Unternehmen soll der Strompreis für ein Grundkontingent von 80 Prozent des prognostizierten Jahresverbrauchs auf 40 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt werden. Für große Industrieunternehmen sind besondere Regelungen geplant. Wichtig ist uns, dass Hilfen für Härtefälle eingeführt werden. Krankenhäuser, Unikliniken, Pflegeeinrichtungen und soziale Dienstleister werden wir besonders unterstützen. Und wir setzen uns für eine gerechte Lösung für diejenigen ein, die mit anderen Brennstoffen heizen, wie z. B. mit Öl oder Holzpellets, und besonders belastet sind. Wir halten unser Versprechen: Niemand wird alleine gelassen. Wir stehen solidarisch zusammen.

Mit dem Bürgergeld haben wir in dieser Woche eines unserer zentralen Wahlkampfversprechen im Parlament eingelöst. Mit dem Bürgergeld geben wir Menschen mehr Sicherheit, wenn sie in eine schwierige Lebenslage geraten. Wer Hilfe braucht, soll keine Angst mehr haben, die Wohnung oder das Ersparte zu verlieren. Mit einer Karenzzeit für Wohnen und nicht erhebliches Vermögen sorgen wir dafür, dass das Lebensumfeld erhalten bleiben kann. Die Regelsätze werden deutlich erhöht und dauerhaft krisenfest gemacht, in dem die Preisentwicklung künftig aktueller berücksichtigt wird. Und wir bringen Menschen mit dem Bürgergeld besser und gezielter in Arbeit, indem wir noch stärker auf Aus- und Weiterbildung setzen – auch durch finanzielle Anreize wie einem monatlichen Weiterbildungsgeld und dem Bürgergeldbonus. Vorrang hat nicht mehr die möglichst schnelle, sondern die möglichst langfristige Vermittlung in Arbeit: Wer keinen Berufsabschluss hat, soll diesen nachholen können, statt kurzfristig eine Hilfstätigkeit übernehmen zu müssen. Mit einem neuen Coaching-Angebot und der Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes unterstützen wir Menschen, die es besonders schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Es ist jetzt an den Ländern, ihre staatspolitische Verantwortung für die Menschen in schwierigen Zeiten wahrzunehmen. Die Unionsländer sollten sich nicht von Friedrich Merz instrumentalisieren lassen. Wir sind bereit, Gespräche zu führen. Dafür müssen die Unionsländer konkrete Vorschläge auf den Tisch legen.

Als Europapolitiker ist mir ein Punkt in dieser Woche besonders wichtig: Wir senken das Wahlalter bei Europawahlen auf 16 Jahre. Das bisherige Mindestwahlalter von 18 Jahren für das aktive Wahlrecht bei Europawahlen schließt Menschen vom Wahlrecht aus, die an vielen Stellen in der Gesellschaft Verantwortung übernehmen und sich in den politischen Prozess einbringen können und wollen. Gerade die junge Generation ist von Fragen betroffen, die aktuell Gegenstand demokratischer Entscheidungsprozesse sind. Themen wie beispielsweise der Klimaschutz, die

Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme angesichts des demographischen Wandels, die Prioritätensetzung bei öffentlichen Investitionen und die Regulierung des Internets gestalten die Zukunft nachhaltig und haben damit Wirkung weit über Legislaturperioden hinaus. Deshalb halte ich es für absolut richtig, dass das Wahlalter bei Europawahlen auf 16 Jahren abgesenkt wird. Im Koalitionsvertrag haben wir dies auch für Bundestagswahlen festgehalten. Dies werden wir in dieser Legislaturperiode noch umsetzen.

Ihr/Euer



---

## Termine

**16**  
**NOVEMBER**

**"Wehret den Anfängen" – Kaffeehausgespräche im Kaffeehaus**  
Hagen  
*Heilbronn*

**18**  
**NOVEMBER**

**125-jähriges Jubiläum SPD Neuenstein**  
*Neuenstein*

**19**  
**NOVEMBER**

**SPD-Landesparteitag**  
*Friedrichshafen*

---

## Bild der Woche

# Wir erhöhen das Kindergeld auf 250 Euro!

**Ab  
Januar  
2023!**

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

Außerdem beschlossen diese Woche: Das Kindergeld wird ab 01. Januar 2023 auf 250 € erhöht!



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn  
Tel.: 07131 / 598 72 27  
[josip.juratovic.wk@bundestag.de](mailto:josip.juratovic.wk@bundestag.de)

[Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? Hier abmelden.](#)